

Roter Pressespiegel

Überblick zum Pressespiegel 3/07 (Mai bis Juni 2007)

Einsatz der deutschen Armee, der deutschen Polizei und des deutschen Geheimdienstes im Ausland

Mitte Juni verlängerte der Bundestag den Einsatz deutscher Soldaten in **Kosovo** um ein weiteres Jahr. Insgesamt befinden sich 2.200 Soldaten der Bundeswehr in diesem Gebiet. (jW 22.06.07) Ebenfalls Mitte Juni wurde der Einsatz der Bundeswehr im **Sudan** um ein halbes Jahr verlängert. (taz 15.06.07)

Anfang Juni beschloss das Bundeskabinett 60 Polizisten im Rahmen der Polizeimission Europol in **Afghanistan** einzusetzen. Kommandeur dieser Polizeitruppen wird der ehemalige Chef der „Eliteinheit“ KSK Eichele. (FR 08.06.07)

Die europäische Grenzschutzbehörde Frontex, an der Deutschland führend beteiligt ist, begann Ende Juni einen mehrmonatigen Einsatz im Gebiet zwischen Sizilien und Libyen, um afrikanische Flüchtlinge zu jagen und abzufangen. (FR 26.06.07)

Der Bundesnachrichtendienst hat in **Slowenien**, gemeinsam mit dem slowenischen Geheimdienst SOVA, Telefonate in mehreren Balkanstaaten angezapft. (jW 31.05.07)

Laut dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri war Deutschland im Jahre 2006 nach den USA und Russland der weltweit drittgrößte Exporteur von Militärmaterial. Die deutschen Exporte stiegen von 1,5 auf 3,8 Milliarden Dollar. (FR 12.06.07)

Militante Kämpfe und Proteste gegen den G8-Gipfel – Polizeistaatlicher Terror und Hetze gegen die Kämpfenden

Landesweit wurden 35.000 Polizisten eingesetzt, um die Proteste gegen den G8-Gipfel im Juni in Heiligendamm zu unterdrücken; allein in Rostock/Heiligendamm marschierten 16.000 Polizisten auf. Eingesetzt wurden auch mehrere tausend Mann der berüchtigte Spezialeinheit GSG 9, des Bundeskriminalamtes und der Bundeswehr, die sich mit Marinebooten, gepanzerten Fahrzeugen und Flugzeugen an der Unterdrückung der Proteste beteiligte. Heiligendamm selbst wurde mit einem zwölf Kilometer langen Sicherheitszaun, versehen mit Stacheldraht und Überwachungskameras, komplett abgeriegelt.

Bereits im Vorfeld des G8-Gipfels wurde mit massivem polizeistaatlichen Terror versucht die Protestierenden einzuschüchtern. Es fanden Hausdurchsuchungen statt, an denen hunderte Polizisten beteiligt waren. Potentielle Gegnerinnen und Gegner des Gipfels wurden bespitzelt, ihr Briefverkehr wurde überwacht und es wurden sogar „Geruchspuren“ genommen. Um zu verhindern, dass G8-Gegner aus anderen Ländern an den Protesten teilnehmen, sind die Grenzkontrollen wieder aufgenommen worden. Allein bei dieser Grenzüberwachung wurden mindestens 500.000 Personen kontrolliert. Bis zum 5. Juni ist 85 Menschen die Einreise verweigert worden, mindestens 35 wurden verhaftet. Anderen Protestierenden wurde von deutschen Botschaften das Visum verweigert.

Trotz allem beteiligten sich in den Tagen des G8-Gipfels Zehntausende Demonstrantinnen und Demonstranten an den Protesten. Höhepunkt war die zentrale Auftaktdemonstration mit 80.000 Menschen am 2. Juni in Rostock, auf der es zu massenhaften militanten Kämpfen gegen die Polizei kam.

Sofort nach diesen Kämpfen wurde eine umfassende Hetzkampagne gegen die Militanten gestartet. Neben den Medien, den Parteien von Die Linke bis hin zur CDU beteiligte sich an vorderster Linie die Organisation attac an der Kampagne, die sich nicht nur von den militanten Kräften distanzierte, sondern zur Zusammenarbeit mit der Polizei aufrief und sich bereit erklärte, auf zukünftigen Demonstrationen mit Gewalt die fortschrittlichen Kräfte zu terrorisieren.

In den Tagen der Proteste wurden weit über 1.000 G8-Gegner festgenommen, in Käfigen eingesperrt und in Schnellgerichtsverfahren zu hohen Haftstrafen verurteilt. Demonstrierende wurden massiv schikaniert und misshandelt, Bundeswehr-Hubschrauber und Tornado-Kampfflugzeuge überflogen die Camps der Protestierenden und der Geheimdienstapparat schickte seine Spitzel unter die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Zum Ende des G8-Gipfels gelang es Tausenden Heiligendamm so zu blockieren, dass die Ortschaft auf dem Landwege nicht mehr zu erreichen war.

Landesweit fanden unmittelbar nach dem Ende des G8-Gipfels Solidaritätsdemonstrationen statt, die sich gegen die Polizeigewalt richteten. So demonstrierten am 8. Juni in Berlin ca. 800 Menschen, gegen die 1.000 Polizisten aufmarschierten, die von mehreren Hubschraubern unterstützt wurden.

Auch international gab es Solidaritätsdemonstrationen und -aktionen. In Griechenland etwa wurden mehrere Aktionen gegen deutsche Einrichtungen durchgeführt.

(Jungle World 09.05., 13.06., FR 10.05., jW 14.05., 07.06., 08.06., 11.06., 21.06., taz 29.05., 26.05., 04.06., 09.06)

Der deutsche Staat forciert massenhafte Abschiebungen

Das „Bundesamt für Migration“ stellt die Weichen, um Tausende in Deutschland lebende Flüchtlinge aus dem **Irak** abzuschicken. Massenhaft entzieht die Behörde Flüchtlingen, die in der Vergangenheit als „Asylbewerber“ anerkannt wurden, ihren Flüchtlingsstatus. 18.000 Irakerinnen und Iraker hat das Bundesamt bis Ende 2006 die Anerkennung als Flüchtlinge genommen. Als Vorwand wird angeführt, dass im Irak nach dem Sturz des Saddam Hussein-Regimes angeblich keine „extreme Gefährdung“ mehr bestehe. Dabei ist die Zahl der irakischen Flüchtlinge laut UNHCR auf 4,2 Millionen angestiegen. (taz 28.06.07)

Im vergangenen Jahr sind offiziell 13.060 Menschen auf dem Luftweg aus Deutschland abgeschoben worden. Dazu kamen über 800 Abschiebungen auf dem Landweg. Am häufigsten wurde nach Serbien und Montenegro (1.884 Menschen) und in die Türkei (1.834 Menschen) abgeschoben. (anna 14.06.07)

Proteste gegen Abschiebungspolitik

In **Rostock** demonstrierten im Zusammenhang mit den Protesten gegen G8 am 4. Juni 2007 in Rostock weit über 10.000 Menschen gegen die staatliche Abschiebungspolitik. Tausende Polizisten und Spezialeinheiten schikanierten und behinderten die Demonstration über mehrere Stunden, was schließlich zum vorzeitigen Abbruch der Demonstration führte. (taz 05.06.07) In **Dessau** demonstrierten am 23. Juni 07 zirka 1.000 Menschen, um an Oury Jalloh zu erinnern, der am 7. Januar 2005 an Händen und Füßen gefesselt in

einer Dessauer Polizeizelle verbrannte. (anna 14.06.07)

Brutaler Nazi-Überfall in Halberstadt

In der Kette der nicht abbreißenden Nazi-Überfälle steht die brutale Nazi-Attacke in **Halberstadt**. Dort überfielen in der Nacht vom 6. auf den 7. Juni acht Nazi-Schläger auf der Straße vor einer Kneipe 14 Schauspielerinnen und Schauspieler. Die Nazis prügelten und traten auf die Mitglieder des Theaterensembles ein, auch, als einige von ihnen bereits verletzt am Boden lagen. Fünf Mitglieder des Ensembles mussten in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Sie erlitten Augenverletzungen, einigen wurden Zähne ausgeschlagen, einer hatte einen Nasenbeinbruch. Das alles geschah vor den Augen der Polizei. Der Theaterintendant sagte dazu: „die Polizei hat nichts unternommen“, „die standen einfach rum und haben die Täter laufen lassen – die sind seelenruhig davon spaziert.“ Obwohl zwanzig Polizisten vor Ort waren und einige Verdächtige sich noch in Sichtweite befanden, gab es keine Festnahmen. Lediglich einer der Haupttäter wurde in der Nähe des Tatorts zunächst festgenommen, nach Aufnahme seiner Personalien aber wieder laufen gelassen, obwohl er vorbestraft und nur zur Bewährung auf freiem Fuß war. Andere Kneipenbesucher hatten den Nazi-Überfall schaulustig beobachtet, sind aber nicht dagegen eingeschritten. (taz 11.06.07, jW 12.06.07, taz 14.06.07)

Ausschnitte aus den Anti-Nazi-Kämpfen

Am 1. Mai: In **Dortmund** protestierten rund 2.000 Antifas gegen einen Aufmarsch von zirka 1.500 NPD-Nazis und anderen Nazi-Gruppen. Der geplante Nazi-Großevent am 1. Mai in Dortmund konnte durch entschlossenes antifaschistisches Vorgehen (vor allem Blockaden) massiv behindert werden. Zum Schutz der Nazis ging die Polizei mit brutaler Gewalt gegen Antifas vor. In **Erfurt** protestierten zirka 2.500 Antifas gegen die von der Polizei geschützten rund 1.300 Nazis. An einer Sitzblockade auf der Route der Nazis beteiligten sich 1.000 Antifas. In **Raunheim** und **Rüsselsheim** bei Frankfurt protestierten 1.000 Antifas mit stellenweise massiven Protestaktionen und Blockadeversuchen gegen den Aufmarsch von rund 200 Nazis, der von mehr als 1.000 Polizisten geschützt wurde. (jW 02.05., Frankfurter Info 12.05.)

In **Mittweida** (Sachsen) haben am 10.05.07 rund 2.500 Antifas gegen den Nazi-Terror demonstriert, den die Nazis in dieser Region seit Jahren massiv ausüben. (taz 14.05.07)

Antisemitische Hetze und Attacken

In **Berlin** wurde in der Nacht vom 22. zum 23. April das jüdische Mahnmal in der Levetzowstraße mit einem ein Meter großen Hakenkreuz beschmiert. Die jüdische Gedenktafel in der Hansastrasse wurde mit einem roten Hakenkreuz besprüht. (Jungle World 02.05.07) Mehrere Nazis schlugen am Abend des 20. Mai in **Berlin-Mitte** in der S-Bahn-Linie 1 einen 16jährigen, der eine Kippa trug, nachdem sie ihn zunächst mit antisemitischen Sprüchen beleidigt hatten. (Jungle World, 30.05.07) Am 8. Juni verwüsteten Nazis den jüdischen Friedhof in **Aschbach** (Bayern). Sie warfen 49 Grabsteine um, von denen mehrere zerbrachen. (Jungle World; 20.6.07) Das Ordnungsamt des thüringischen Ortes **Heiligenstadt** hat den Auftritt einer 16köpfigen Klezmergruppe gegenüber einer NPD-Kundgebung

mit der Begründung verboten, das geplante Konzert sei ein Sicherheitsrisiko, da es zu Konfrontationen mit NPd-Anhängern führen könne. Das Ordnungsamt erteilte schließlich die Genehmigung nur unter der Bedingung, dass die Klezmer-Band verkleinert und der Auftrittsort von der NPd-Kundgebung weg in eine Fußgängerzone verlegt werde. (jW 12.06.07) In **Bielefeld** besetzten evangelische Gemeindeglieder eine Kirche, um deren Verkauf und Umwandlung in eine Synagoge zu verhindern. (Süddeutsche Zeitung 23.05.07)

Immer mehr Werktätige müssen in Deutschland für Niedrig-Löhne arbeiten

4,5 Millionen Werktätige arbeiten inzwischen offiziell für einen Stundenlohn von weniger als 7,50 Euro brutto, davon 1,5 Millionen sogar für weniger als fünf Euro. (Jungle World 16.05.07) So arbeiten nach Angaben des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts 60 Prozent der rund 46.000 Beschäftigten bei den 750 neuen Post-Zustelldiensten mit **Bruttostundenlöhnen** von 5 Euro. (taz 18.05.07) Fast fünf Millionen Menschen in Deutschland halten sich mit „Mini-jobs“ kaum über Wasser, fast 300.000 als „Ein-Euro-Jobber“. Laut einer neuen Studie des DGB hat sich die Zahl der Werktätigen, die nicht von ihrem Erwerbseinkommen leben können, seit der Einführung von „Hartz IV“ um rund 80 Prozent auf mehr als 1,1 Millionen erhöht. Damit sind inzwischen mehr als ein Fünftel der „Hartz-IV-Bezieher trotz Erwerbstätigkeit auf „aufstockende Leistungen“ angewiesen. (jW 15.05.) Gleichzeitig hat sich zwischen 2003 und 2006 nach Angaben des „Instituts für Arbeit und Qualifikation“ die Zahl der Beschäftigten bei Leiharbeitsfirmen auf etwa 600.000 verdoppelt. Dies wird von den kapitalistischen Konzernen als Mittel benutzt, um Löhne und Sozialstandards drastisch abzusenken. (Jungle World 16.05.)

Beispiele extremer Ausbeutung von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Herkunftsländern

Im bayerischen Oberndorf hat ein seit 2003 vorübergehend beurlaubter Polizeibeamter („Erziehungsurlaub“), der eine Erdbeerplantage betreibt, bis zu 100 **rumänische** Landarbeiter mit Hungerlöhnen von 1,20 bis 1,30 Euro pro Stunde abgespeist. Arbeitszeiten waren täglich 12 bis 13 Stunden. Untergebracht waren die Saison-Tageelöhner in einem Container-Dorf ohne funktionierende Müllentsorgung und ohne genügend Toiletten. In den etwa neun Quadratmeter großen Containern waren bis zu vier Menschen untergebracht. (jW 16.06.)

In der Fleischindustrie arbeiten in Deutschland offiziell mindestens 15.000 Beschäftigte aus anderen Herkunftsländern. Arbeiterinnen und Arbeiter aus **Polen** sind im Dezember 2006 aus Protest gegen die miserablen Arbeitsbedingungen in den Streik getreten und prangerten die extreme Ausbeutung auch in polnischen Zeitungen an. Eine polnische Arbeiterin, die wie ihre polnischen Kolleginnen jeden Tag von 3.00 Uhr nachts bis 15.00 Uhr arbeiten musste, erklärte: „Für neun Tage harte Arbeit habe ich 100 Euro bekommen.“ (taz 04.05.07)

2006 die höchste Zahl von Streiktagen seit 1993 in Deutschland

Nach Angaben des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WVI) hat die Zahl der Arbeitskämpfe in Deutschland 2006 deutlich zugenommen. Demnach gab es bei 429.000 Streiktagen und 166.000 Streikenden pro 1000 Beschäftigte im Schnitt rund 12 Streiktage. Im internationalen Vergleich befindet sich Deutschland trotz der Zunahme der Arbeitskämpfe immer noch am unteren Ende. Der Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre erhöht sich durch die Entwicklungen 2006 lediglich von 2,4 auf 3,1

Streiktage pro 1000 Beschäftigte. In Frankreich wurden in diesem Zeitraum rund 71, in Italien rund 87 und in Spanien 145 Streiktage gezählt. (jW 05.06.07)

Nach sechswöchigem Telekom-Streik segnet Ver.di-Führung Lohnraub und Sozialabbau ab

Zirka sechs Wochen streikten ab dem 9. Mai 2007 gleichzeitig bis zu 16.000 Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellte der Telekom. Bei der Urabstimmung hatten sich 96,5 Prozent für einen unbefristeten Arbeitskampf ausgesprochen, um so gegen die Pläne des Telekom-Vorstands zu protestieren, rund 50.000 Beschäftigte auszugliedern und deren Einkommen um bis zu 40 Prozent abzusenken. Die Telekom-Bosse übten auf die Streikenden massiven Druck aus. Eine Telekom-Sprecherin bestätigte, Streikbrechern eine Prämie zu zahlen. Rund 100 Streikende erhielten Abmahnungen.

Die Streikenden bei der Telekom wurden unterstützt von mehreren zehntausend Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern anderer Unternehmen, die sich im Rahmen eines Solidaritätstags am 28. Mai an Kundgebungen und Aktionen beteiligten. Am 3. Juni gingen die Streikenden der Telekom in vielen Städten zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus der Druckindustrie, die Warnstreiks durchführten, auf die Straße. Am 4. Juni trafen sich rund 1.000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Frankreich, der Schweiz und Deutschland zu einer gemeinsamen Demonstration in Offenburg.

Am 18. Juni segnete die Ver.di-Führung dann aber ein Ergebnis ab, das Lohnraub und Sozialabbau bedeutet: Um 6,5 Prozent werden die Löhne und Gehälter der 50.000 Beschäftigten gekürzt, die zum 1. Juli 2007 in eigenständige Servicegesellschaften übergehen. Hinzu kommt die unbezahlte Verlängerung der Wochenarbeitszeit um vier auf 38 Stunden. Zudem wird der Samstag zum Regelarbeitsstag. Besonders dramatisch sind die Kürzungen für Neueingestellte. Deren Einkommen sinken bis 2010 um etwa 30 Prozent.

Der Abschluss rief bei vielen Streikenden Wut und Empörung hervor. Bei der Verkündigung des Ergebnisses wurde im Innenhof der Ver.di-Bundesverwaltung ein Transparent entrollt mit der Aufschrift: „Ver.räter“. (taz 15.05., jW 12.05., 22.05., 31.05., 06.06., 21.06., 22.6.07)

Protestkundgebung von Bosch-Arbeiterinnen und Arbeitern aus Spanien in Deutschland

177 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus dem Bosch-Werk in Alcalá/Spainien waren angereist, um in Schwieberdingen (Sitz der zuständigen Bosch-Abteilung) gegen die geplante Schließung des Bosch-Werks in Alcalá und die damit verbundene Vernichtung von 167 Arbeitsplätzen zu demonstrieren. Unterstützt wurden die Arbeiterinnen und Arbeiter aus Spanien von mehreren hundert Kolleginnen und Kollegen aus Bosch-Betrieben in Deutschland, die gemeinsam mit ihnen vor dem Schwiebingen Werk gemeinsam gegen die Abbaupläne des Konzerns protestierten. (jW 26.06.07)

Erfolgreicher Streik bei Neuselters Mineralquelle (Nestlé)

Vom 13. Mai an streikten in Löhnberg (Hessen) die Arbeiterinnen und Arbeiter der Neuselters Mineralquelle, die zum Nestlé-Konzern gehört, erfolgreich gegen den Versuch, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und die Arbeitszeit zu flexibilisieren. 96 Prozent hatten sich für den unbefristeten Streik ausgesprochen. Am 14. Mai protestierten die Streikenden vor der Nestlé Deutschland AG in Mainz. Angeprangert wurde, dass versucht werde, durch Einsatz von Polizei und Werkschutz den Streik zu unterdrü-

cken. Anschließend unterstützten sie im benachbarten Wiesbaden Telekom-Streikende. Am 19. Mai protestierten 150 Streikende der Telekom und der Neuselters Mineralquelle gemeinsam vor dem Neuselters-Werk in Löhnheim. Nach acht Streiktagen mussten die Nestlé-Kapitalisten schließlich nachgeben. Die getroffene Einigung, die in einer Urabstimmung einstimmig angenommen wurde, sieht die Wiederherstellung der vollen Tarifbindung und des Manteltarifvertrags vor. Die Forderungen der Kapitalisten nach Kürzung der Nachtzuschläge, Streichung der Altersfreizeit und Beseitigung von Freizeittagen wurden abgewehrt. Es wurde vereinbart, dass kein Streikender im Nachhinein benachteiligt oder bestraft werden darf. (jW 18.05., FR 19.05., FR 22.05., jw 25.05.07)

Heftige Kämpfe am 1. Mai in Istanbul

Trotz Demonstrationsverboten und Polizeierror demonstrierten am 1. Mai in Istanbul Tausende Arbeiterinnen und Arbeiter, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie Organisationen mit linkem Anspruch. Die Demonstrationen standen im Zeichen des Gedenkens an das Massaker am 1. Mai 1977. Damals wurde auf dem Taksim-Platz in die 1. Mai-Demonstration geschossen, 38 Teilnehmerinnen und Teilnehmern waren ermordet worden.

Der Taksim-Platz war am 1. Mai 2007 von einem riesigen Polizeiaufgebot abgeriegelt worden. Auf den Dächern waren zahlreiche Scharfschützen postiert. Die Polizei ging mit Tränengas und Schlagstöcken gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten vor, die trotz eines Verbotes auf dem Taksim-Platz demonstrieren wollten. Tausende Demonstrantinnen und Demonstranten machten sich von Besiktas, einem Viertel auf der europäischen Seite Istanbuls, trotz Verbot auf den Weg Richtung Taksim-Platz. Es kam zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei. Insgesamt wurden mindestens 700 Demonstrantinnen und Demonstranten verhaftet. (taz 02.05.07)

Mehrwöchiger Streik in Südafrika

Anfang Juni traten in Südafrika eine Million Werktätige des öffentlichen Dienstes in den Streik für eine Lohnerhöhung von 12 Prozent sowie gegen ihre sich verschlechternde soziale Lage und Verelendung. Es beteiligten sich Beschäftigte der Krankenhäuser, Lehrerinnen und Lehrer sowie Beschäftigte der Müllabfuhr und des öffentlichen Nahverkehrs. An den Demonstrationen beteiligten sich eine halbe Million Werktätige in über 40 Städten. Insbesondere im Krankenhausbereich ging die Polizei mit Gummigeschossen gegen Streikposten vor und setzte Soldaten als Streikbrecher ein. 600 Krankenhausbeschäftigten wurde gekündigt. (jW 14.06., Jungle World 20.06.07).

Abonniert den Pressespiegel

Faksimile aus der bürgerlichen, opportunistischen und demokratisch-antifaschistischen Presse

Ca. 200 Seiten, DIN A4, 6 €

Der Pressespiegel erscheint zweimonatlich und stellt faksimilierte Artikel nach folgenden Kategorien zusammen:

- Deutscher Imperialismus nach außen (militärische/politische/ökonomische) Machenschaften des deutschen Imperialismus
- Deutscher Imperialismus nach innen (Faschisierung/Militarisierung/Repression)
- Kämpfe und Proteste in Deutschland
- Kämpfe und Proteste international

Zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff

Speyerer Str. 23

60327 Frankfurt/M.

Fax: 069/730920